

Infopapier: Übergewinnsteuer

Aktuell dreht sich die öffentliche Debatte zu wenig um Entlastung der Menschen und um Beseitigung der Ursachen hoher Energiepreise. Stattdessen fordern SPD und Grüne, teilweise auch die Union, dass vermeintlich moralisch fragwürdige „Krisengewinne“ abgeschöpft werden sollen. Eine solche Übergewinnsteuer ist ungerecht, innovationshemmend und untergräbt das Vertrauen in den Standort Deutschland. Die FDP-Fraktion fordert steuerliche Entlastungen und mehr Wettbewerb statt neuer Steuern.

Was ist eine Übergewinnsteuer und welche Ziele verfolgen die Befürworter damit?

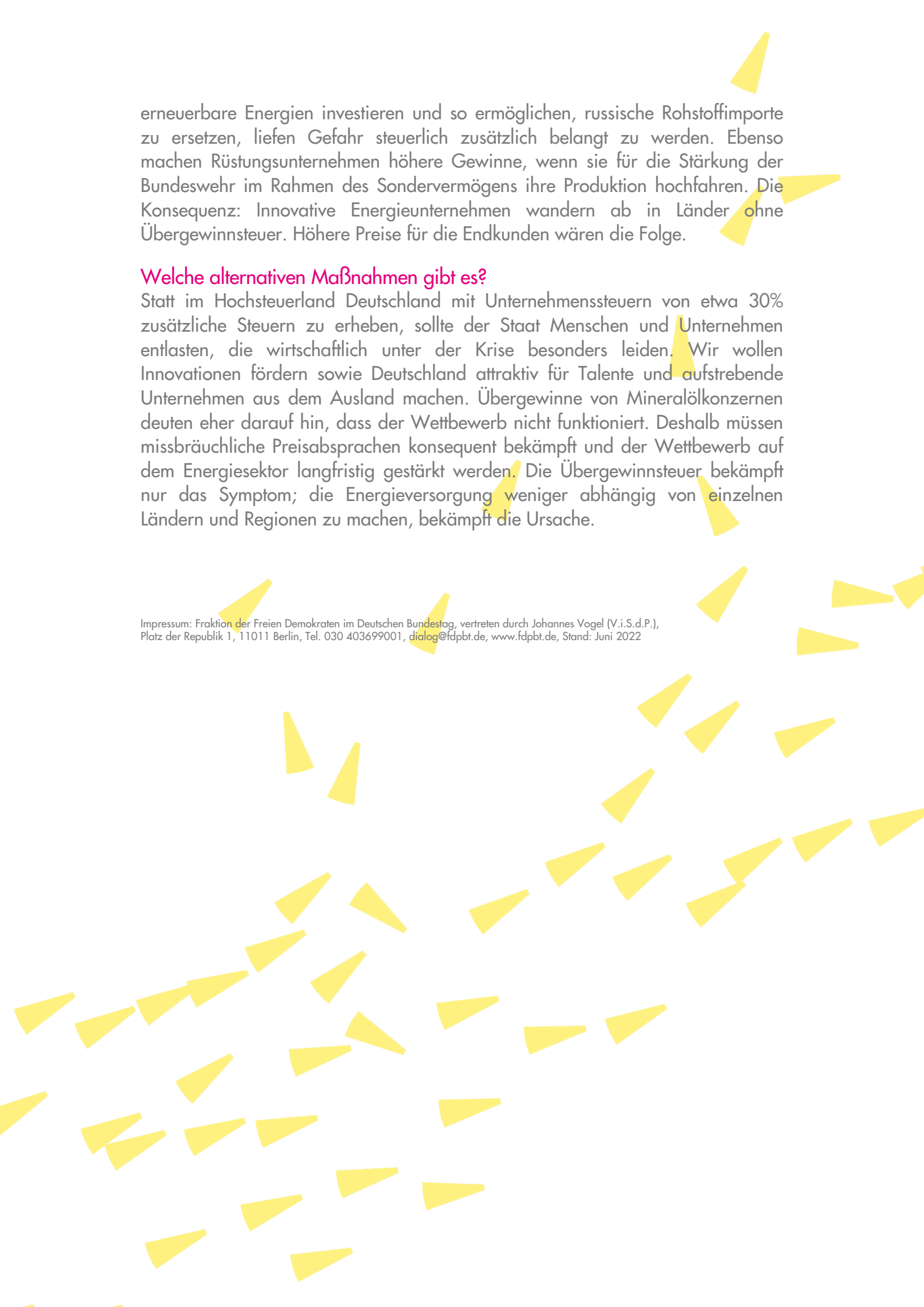
Eine Übergewinnsteuer nimmt an, dass Gewinne, die die „übliche“ Höhe übersteigen, moralisch fragwürdig sind. Die Profite von „Krisengewinnern“ sollen durch eine zusätzliche Steuer abgeschöpft werden. Es gibt keine klare, verlässliche und rechtssichere Definition für einen Übergewinn. Die Definition eines „Krisengewinners“ ist dementsprechend ebenso unklar.

In welchen Ländern gibt es bereits eine Übergewinnsteuer?

Italien besteuert einmalig die gestiegenen Umsätze von Energieunternehmen im Zeitraum von Oktober 2021 bis April 2022 mit 25% – unabhängig davon, ob die höheren Umsätze auch mit Gewinnen einhergehen. Seit Ende Mai 2022 werden die Gewinne von Öl- und Gas-unternehmen im Vereinigten Königreich mit einer zusätzlichen Sondersteuer von 25% belegt. Übergewinnsteuern gibt es zudem seit kurzem in Griechenland und Ungarn.

Warum ist eine Übergewinnsteuer keine gute Idee?

Eine Übergewinnsteuer widerspricht marktwirtschaftlichen Prinzipien. Beispiel Corona-Schutzmasken: Hohe Gewinne haben hier weitere Anbieter angelockt, wodurch die anfangs hohen Preise rasch wieder gesunken sind. Die Abgrenzung zwischen „angemessenen“ und „überdurchschnittlichen“ Gewinnen ist willkürlich. Sondersteuern nur für einzelne Branchen signalisieren Unternehmerinnen und Unternehmern, dass sie sich nicht langfristig auf stabile steuerliche Rahmenbedingungen verlassen können. Mit einer Übergewinnsteuer gilt: In guten Zeiten schöpft der Staat Gewinne ab, in schlechten Zeiten beteiligt er sich nicht entsprechend. Viele vermeintliche Krisengewinner sind zudem gar nicht im Inland steuerpflichtig. Ausländische Investoren aber werden abgeschreckt. Eine Übergewinnsteuer würde auch innovative Unternehmen wie Biontech treffen. Der Mainzer mRNA-Spezialist hat in der Corona-Krise schnell und mit hohem unternehmerischem Risiko einen Impfstoff entwickelt. Auch Unternehmen, die in



erneuerbare Energien investieren und so ermöglichen, russische Rohstoffimporte zu ersetzen, liefern Gefahr steuerlich zusätzlich belangt zu werden. Ebenso machen Rüstungsunternehmen höhere Gewinne, wenn sie für die Stärkung der Bundeswehr im Rahmen des Sondervermögens ihre Produktion hochfahren. Die Konsequenz: Innovative Energieunternehmen wandern ab in Länder ohne Übergewinnsteuer. Höhere Preise für die Endkunden wären die Folge.

Welche alternativen Maßnahmen gibt es?

Statt im Hochsteuerland Deutschland mit Unternehmenssteuern von etwa 30% zusätzliche Steuern zu erheben, sollte der Staat Menschen und Unternehmen entlasten, die wirtschaftlich unter der Krise besonders leiden. Wir wollen Innovationen fördern sowie Deutschland attraktiv für Talente und aufstrebende Unternehmen aus dem Ausland machen. Übergewinne von Mineralölkonzernen deuten eher darauf hin, dass der Wettbewerb nicht funktioniert. Deshalb müssen missbräuchliche Preisabsprachen konsequent bekämpft und der Wettbewerb auf dem Energiesektor langfristig gestärkt werden. Die Übergewinnsteuer bekämpft nur das Symptom; die Energieversorgung weniger abhängig von einzelnen Ländern und Regionen zu machen, bekämpft die Ursache.